



Hartmut Bäumer
Vorsitzender

Transparency International Deutschland e.V.
Alte Schönhauser Str. 44
10119 Berlin
Tel. +49 30 549898-0
Fax +49 30 549898-22
E-Mail: office@transparency.de
www.transparency.de

**Offener Brief: *Public Country-by-Country Reporting*
im EU-Wettbewerbsrat am 19. November auf die Agenda setzen**

Berlin, den 9. Oktober 2020

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Lambrecht,
sehr geehrter Herr Bundesminister Scholz,
sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier,

das unentschlossene Handeln der Bundesregierung gegen aggressive Steuervermeidung multinationaler Unternehmen stößt auf Unverständnis und Verärgerung in der Bevölkerung¹. Einem Richtlinienvorschlag der EU-Kommission über die Offenlegung von länderspezifischen Steuerinformationen multinationaler Unternehmen² (*Public Country-by-Country Reporting*) hat die Bundesregierung bisher ihre Zustimmung verweigert. Obwohl es im Rat der EU mittlerweile eine Mehrheit für eine Richtlinie gäbe, verhindert die Bundesregierung deren Verabschiedung, indem sie das Thema als EU-Ratsvorsitz nicht auf die Agenda der Ratstreffen setzt³.

Den EU-Mitgliedstaaten gehen durch Steuervermeidung multinationaler Unternehmen jährlich schätzungsweise 50 bis 70 Milliarden Euro an Staatseinnahmen verloren⁴. Für viele Unternehmen ist es gängige Praxis, Gewinne in Länder mit geringer Steuerquote zu verschieben, um die eigenen Steuerzahlungen zu verringern. Oft werden dafür komplizierte Geflechte aus Tochter- und Briefkastenfirmen, Trusts oder Stiftungen aufgesetzt und das Steuergeheimnis als Argument genutzt, um solch illegitime Praktiken weiterhin im Verborgenen zu belassen. Transparenz über Steuerinformationen und wirtschaftliche Tätigkeiten kann demgegenüber eine wichtige präventive Wirkung zur Verhinderung ungewünschter Gestaltungen darstellen und bildet die Grundlage für eine demokratische gesellschaftliche Debatte.

1 <https://aktion.campact.de/rettungsgelder/appell/teilnehmen>

2 <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7949-2016-INIT/en/pdf>

3 <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-09/europaeische-union-steuervermeidung-konzerne-transparenz-eu-gesetz-bundesregierung>

4 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52016SC0118&from=EN>

Herr Bundesminister Scholz, Sie haben kürzlich öffentlich festgestellt, dass eine Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten das *Public Country-by-Country Reporting* unterstützt und dass es eine Entwicklung dahingehend gebe, das Thema bald zur Abstimmung zu stellen⁵. Wenn die Bundesregierung ihre Glaubwürdigkeit im Kampf gegen aggressive Steuervermeidung aufrechterhalten möchte, muss sie jetzt aktiv werden. Darüber hinaus liegt es in der Verantwortung der EU-Ratspräsidentschaft, ihre Rolle als neutraler Vermittler zwischen den Mitgliedstaaten wahrzunehmen und eine Entscheidung über den Richtlinienvorschlag zu ermöglichen.

Wir fordern deshalb insbesondere Sie, Frau Bundesministerin Lambrecht, in Ihrer entsprechenden Zuständigkeit auf, *Public Country-by-Country Reporting* beim anstehenden Treffen der Ratsarbeitsgruppe für Gesellschaftsrecht am 12. Oktober zu thematisieren und beim nächsten Treffen des EU-Wettbewerbsrats am 19. November zur Abstimmung auf die Tagesordnung zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Hartmut Bäumer
Vorsitzender
Transparency Deutschland

Stephan K. Ohme
Leiter Arbeitsgruppe Finanzwesen
Transparency Deutschland

Mit Unterstützung von Netzwerk Steuergerechtigkeit, Global Policy Forum und Evangelischer Verband Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt e.V.

⁵ <https://twitter.com/FaccioTommaso/status/1308098423665709056>